

Nachdem die Beschränkungen der Corona-Krise in den letzten Wochen gelockert wurden, ist eine schrittweise Rückkehr in das gesellschaftliche Leben wie in Zeiten vor der Pandemie wieder möglich. Nichtsdestotrotz gingen mit den veranlassten Einschränkungen große Umbrüche in unserer Art zu leben, zu arbeiten und zu kommunizieren einher. Auch die MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung mussten ihre Arbeit anpassen. Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:

Zur Verwaltungsorganisation

1. Wie viele MitarbeiterInnen befanden sich seit den Corona-Einschränkungen im Home-Office? Wie viele VPN-Zugänge wurden seit 01.03.2020 eingerichtet? Inwieweit sind dadurch Mehrkosten für die Stadt entstanden? Welche generellen Schlussfolgerungen zieht die Verwaltung aus der Zeit einer erhöhten Heimarbeit der MitarbeiterInnen?
2. Das Gesundheitsamt war und wird in Zukunft weiterhin von großer Relevanz sein, wenn das Virus eingedämmt werden soll. Wie beurteilt die Stadtverwaltung die in den letzten Wochen geleistete Mehrarbeit der MitarbeiterInnen bzw. welche Schlussfolgerungen werden daraus gezogen? Inwieweit werden für die zukünftige Arbeit im Gesundheitsamt zusätzliche MitarbeiterInnen benötigt? Wie ist darüber hinaus die derzeitige personelle und finanzielle Situation des Gesundheitsamtes zu beurteilen?

Zu Schulen

3. Der Intervallunterricht stellt nicht nur LehrerInnen und SchülerInnen vor neue Herausforderungen. Auch PädagogInnen und die Schuladministration müssen sich neu organisieren. Daher fragen wir die Stadtverwaltung, inwieweit aus den organisatorischen Umstellungen ein Mehrbedarf an Sekretariatsstunden bestand/besteht?

Zu Jugendhilfe und Soziales

4. Wegen der Kontaktbeschränkungen verbringen die BürgerInnen viel Zeit zu Hause und in kleinerem Familienkreis. Einige Prognosen rechneten auch deshalb in Deutschland mit einer ansteigenden Zahl von Gewalttaten gegenüber Kindern und Frauen. Inwieweit lassen sich diese Prognosen auch für Halle bestätigen? Führte die Krise zu einem qualitativen und quantitativen Anstieg von Inobhutnahmen, der Aufnahme in Frauenhäusern und eines Anstiegs des Nutzens von Notfalltelefonen? Falls ja, welche Konsequenzen will die Stadtverwaltung aus diesem Anstieg ziehen?
5. Wie wirkte sich das Pandemiegeschehen auf den Bereich Hilfen zur Erziehung aus? Wurden Angebote angepasst? Inwieweit wurden neue Formen von Angeboten entwickelt? Welche Schlussfolgerungen zieht die Verwaltung grundsätzlich aus den Entwicklungen in Zeiten der Pandemie bzw. welche präventiven Maßnahmen werden für die Zukunft angestrebt?

gez. Eric Eigendorf
Vorsitzender
SPD-Fraktion Halle (Saale)